

PRESSEINFORMATION

Kein Wahlkampf auf Unternehmerkosten

Die neuerdings kolportierten Pläne zur Abschaffung der Maklerprovision für Mieter stoßen nicht nur bei der Immobilienbranche, sondern auch bei WKO Steiermark Präsident Josef Herk auf Unverständnis: „Dabei handelt es sich mit Sicherheit um keine Maßnahme zur Förderung leistbaren Wohnens, wie das Beispiel Deutschland zeigt. Umgekehrt wird aber eine ganze Branche vor essentielle Probleme gestellt. Wahlkampf auf Kosten der Unternehmer und damit der Zukunft des Landes darf es nicht geben“, so Herk.

Die Einführung des sogenannten Bestellerprinzips, also die Abschaffung der Maklerprovisionen für Mieter bei der Vermittlung von Immobilien, „ist nicht geeignet, leistbares Wohnen nachhaltig zu fördern“, hält Gerald Gollenz, Obmann der Fachgruppe Immobilien und Vermögenstreuhänder in der WKO Steiermark im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte bzw. den dahin gehenden Vorschlägen ab. Das zeige das Beispiel Deutschland, wo diese Maßnahme vor Jahren umgesetzt wurde. „Die Erfahrungen hier zeigen, dass dadurch im Endeffekt die Mieten steigen, weil die Vermittlungspreise in die Mietpreise eingerechnet werden. Das kann niemand wollen. Um Berliner Verhältnisse am Wohnungsmarkt in Österreich zu vermeiden, brauchen wir vor allem in den Ballungsräumen deutlich mehr leistbare Neubauwohnungen“, betont Gollenz.

Unterstützung gibt es dafür von WKO Steiermark Präsident Josef Herk, der hier von der Politik „mehr Fairness“ einfordert: „Wahlkampf auf Kosten der Unternehmer darf es nicht geben. Hier wird eine Branche zum Sündenbock einer zum Teil fehlgeleitenden Politik gemacht, das lehnen wir ab“, so Herk, der aber auch festhält, dass die Ziele hier natürlich dieselben seien: „Natürlich wollen wir leistbares Wohnen garantieren. Dafür sollte man aber auch den Vorschriftendschungel einmal durchforsten, denn viele Kosten wären durch weniger rigide Gesetzesregeln vermeidbar.“

Graz, 22. August

Rückfragehinweis:

Mag. Mario Lugger
Referatsleiter Kommunikation
0316/601-652